

Leserbrief zum Artikel „Vorsicht vor den Angeboten externer Projektierer“ in der WN vom 26.3.20

Und wieder werden die angeblichen Vorteile der „lokalen Wertschöpfung“ durch Windkraft herausgestellt. Wäre nicht „lokaler Egoismus“ das treffendere Wort? Diese Wertschöpfung für Wenige – egal ob durch externe oder lokale Projektierer - ist nur durch ein ganzes Geflecht von direkten und indirekten Subventionen möglich, welche die Allgemeinheit – also wir Bürger - bezahlen müssen. Es ist damit ein Weg, der die notwendige Solidarität mit der gegenwärtigen Corona-Krise absolut vermissen lässt: mehr als 25 Milliarden jährlich für die EEG-Umlage, 20 Jahre garantierter Einspeisevergütung, Einspeisevorrang, Milliarden für nicht gelieferten Strom, Milliarden für Eingriffe in die Netzstabilität, Entsorgung von 50% des Windstroms ins Ausland, oft sogar nur gegen Bezahlung. Unsummen für ein System, das weder eine regelbare, gesicherte und bezahlbare Stromversorgung gewährleisten kann, noch nennenswert zur Bewältigung der globalen Klimaentwicklung beiträgt. Deswegen bestehen sogar berechtigte Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit eines weiteren Ausbaus der Windkraft. Wären die vielen Milliarden nicht besser angelegt im Gesundheitswesen, für die Pflege, für die Betreuung der Älteren, für Polizei und alle, die in der Not helfen, und die eine unglaubliche Leistung erbringen, oder für die Sicherung der Versorgung durch die lokale Landwirtschaft? Um der Wirtschaft wieder auf die Beine zu helfen, sind niedrige Energiekosten überlebensentscheidend und unverzichtbar. Deutschland hat wegen seiner planwirtschaftlichen subventionsgesteuerten Energiepolitik aber die höchsten Strompreise weltweit. Wir müssen schmerzhaft feststellen, dass man Geld nur einmal ausgeben kann und wir die Verpflichtung haben, immer die effizienteste und kostengünstigste Variante unter Einbeziehung aller Systemvariablen zu wählen. Es erscheint ethisch unvertretbar, einige wenige sich auf Kosten der Allgemeinheit durch Bau von Windkraftanlagen bereichern zu lassen, wenn gleichzeitig viele Selbständige vor den Scherben ihrer Existenz stehen, Massenarbeitslosigkeit droht und Hunderte Milliarden in Unterstützungsmaßnahmen gesteckt werden müssen. Hier ist auch für Kommunen ein radikales Umdenken notwendig: Nicht kurzfristige lokale Interessen, sondern Solidarität mit der Allgemeinheit ist gefordert. Dies gilt auch für den Klimaschutz. Durch Beendigung des teuren und nur national wirksamen EEG und Einstieg in ein globales CO₂-Zertifikatesystem ließe sich ein System etablieren, das nur einen Bruchteil der heutigen Kosten verursachen würde, gleichzeitig aber eine viel höhere Klimawirksamkeit erreichen könnte. Wir müssen erkennen, dass die politischen Prioritäten in der Vergangenheit falsch gesetzt waren, was zu einer bitteren Vernachlässigung wirklich systemrelevanter Bereiche geführt hat. In der kommenden Wahl im September haben wir Bürger Gelegenheit, die Weichen zumindest lokal anders zu stellen.

Prof.Dr.Werner Mathys
Telgterstr. 18
48268 Greven